

Strukturwandel im Ruhrgebiet 1820 – 2000¹

Begriffsbestimmungen

Das Ruhrgebiet in seinem Strukturwandel in Deutschland in den vergangenen 180 Jahren steht im Zentrum des Vortrags. Es galt bis etwa 1960 als Teil des größeren rheinisch-westfälischen Industriegebiets und hatte schon vor der Errichtung des „Ruhrbistums“ in Essen 1958, dem neuen Opelwerk 1959 und den neuen Universitäten ab 1961 mit ihren vielen fremden Wissenschaftlern, die mit den Feinheiten der Jahrhunderte alten Reichskreise und Provinzgrenzen nicht vertraut waren, einen eigentümlichen Zungenschlag erhalten, etwa durch Forschungen über das „Ruhrvolk“. Es soll die Frage beantwortet werden, auf welche Weise drei Strukturwandlungen – um 1840/70, um 1900/20 und seit 1960/90 – das Revier verändert haben und in welcher Weise neue Strukturen die fortwährende Bedeutung dieses Wirtschaftsraumes bestimmten.

Wenn die Begriffsschöpfung „Strukturwandel“ der Versuch ist, komplexe Vorgänge in einem einfachen, kurzen Begriff zu fassen und zu fokussieren, dann werden die Vorgänge selbst damit natürlich nicht einfacher, sondern erhöht sich der Erklärungsbedarf. Der Begriff ist bis an die Grenzen sinnentleert. Kurz gefasst kann man sagen, dass mit „Wandel“ nicht mehr nur Aufstieg, sondern auch Abstieg, dass nicht mehr nur Gewinne, sondern auch Verluste in diesem zeitlichen Verlauf konstatiert werden sollen.

Mit dem Begriff „Struktur“ tun wir uns noch schwerer. Gemeint ist nicht nur die Produktion von Eisen, Stahl und Kohle, sondern auch von Autos, Nahrungs- und Körperpflegemitteln, nicht nur die Ein-, Aus- oder Abwanderung von Menschen, sondern auch deren Vergesellschaftung in Firmen, Familien, in der Freizeit; gemeint ist nicht nur die Größe der Firmen, sondern auch ihr Betriebsklima, ihre Leistungskraft für das Gemeinwesen und für die Einzelnen, und gemeint ist auch nicht nur die Höhe von Lohn, Gehalt und Rente, sondern auch deren Dauerhaftigkeit und das Zutrauen auf die Mechanismen, die diese Solidareinrichtungen tragen. Der Begriff Struktur in der gesellschaftswissenschaftlichen, hier der historischen Analyse kennzeichnet seit etwa 50 Jahren einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, der die Vorgänge nicht mehr in eindimensionalen Kategorien wie vorwärts und rückwärts erfasst, sondern eher netzartige Verknüpfungen betont. Er berücksichtigt besonders die Ergebnisse moderner Technik und Wissenschaft, die es erlauben, bestimmte Ziele auf unterschiedlichen Wegen zu erreichen, in der Wahl der Mittel also der Politik Optionen zur Verfügung zu stellen.

Strukturwandel können wir immer dann konstatieren, wenn die Produktionsfaktoren, also Boden, Arbeit Kapital, auch Technik, eine neue Kombination eingehen, an die Menschen neue Anforderungen – beim Lernen, beim Arbeiten, in der Freizeit – stellen. In der Öffentlichkeit werden diese Veränderungen oft als

¹ Vortrag auf dem Tag der Westfälischen Geschichte am 2. 9. 2001 in Dorsten.

Wachstum oder Schrumpfung wahrgenommen, sie kommen freilich nur zustande, wenn auch Nachfrager vorhanden sind, denen die neuen „Produkte“ kaufwürdig erscheinen; dann werden denkbare oder wünschbare Neuerungen in feste Verfahren überführt und angeboten. Dieses Schrumpfen alter Ressourcen, die Aufgabe alter Produktionsstrukturen, verläuft zeitlich in ganz unterschiedlichen zeitlichen Sequenzen, von wenigen Monaten bis hin zu vielen Jahrzehnten. Dass diese Vorgänge von intensiven, weil wählerrelevanten politischen Diskussionen und Entscheidungen begleitet wurden und werden, versteht sich am Rande.

Der Begriff Struktur wird in der deutschen Umgangssprache am häufigsten im Zusammenhang mit dem Begriff „Infra-“ als Infrastruktur und damit vorrangig im Bereich der Kommunikation und des Verkehrs aller Art verstanden.

Vom Beginn der Industrialisierung 1820 bis zum ersten Strukturwandel um 1840 bis 1870

Fragen wir danach, wann der Politik und der Wirtschaft in industrieller Zeit bewusst wurde, Einfluss auf strukturelle Wandlungen nehmen zu können, dann erkennen wir, dass sie dieses vom Beginn 1820 an, und zwar durch Herrichtung von Infrastruktur, Förderung von Ausbildung durch Gesetzgebung, auch Steuergesetzgebung, und Hilfe zur Selbsthilfe getan haben.

So ist die Entlassung der Wirtschaft aus den zünftischen und anderen obrigkeitlichen Bedingungen durch die Reformer zu Anfang des 19. Jh.s auf die Hoffnung der preußischen Reformer gebaut, durch Rückzug aus der wirtschaftlichen Reglementierung Geld für das Personal zu sparen und andererseits mehr Wohlstand durch Wettbewerb mit der Einführung von Neuerungen zu erzielen, vor allem aus England in den Branchen Textiltechnik, Eisen und Stahl sowie Maschinenbau, aber auch aus Frankreich und den USA. Diese Anfänge waren sehr mühsam, noch von Hungerjahren durchzogen; dass dennoch die gesellschaftliche Wertschätzung nicht den Mechanikern und Ingenieuren galt, ist in der biedermeierlichen Literatur nachzulesen.

In den Jahren nach 1820 zogen die Stahlschmelzen aus Eifel und Sauerland in das Ruhrgebiet, wo die in Mengen produzierte Kohle als billiger Brenn- und Rohstoff verfügbar war. Die Täler der Mittelgebirge mussten sich spezialisieren, und das konnten sie kaum, so dass die Menschen dort ihre Arbeit verloren. Das Gleiche galt übrigens auch für die Textilindustrie, wenn sie aus den engen Tälern mit Wasserradantrieben auf die gesunderen Höhen mit Dampfmaschinenantrieben hinaufzog. Bei den bürgerlichen Planern in Politik und Wirtschaft war die Hoffnung, durch die Eisenbahnen die als lästig empfundene territoriale Zersplitterung überwinden zu können, weit mächtiger als die Furcht vor dem Maschinenwesen.

Um die Stahlhütten zu fördern, hatte der Zollverein dem belgischen Roheisen günstige Zolltarife zugebilligt. Als diese Vergünstigung fortfiel, bauten Belgier und Franzosen eben in Deutschland entsprechende Hochofen. Viele Belgier, Engländer und auch Franzosen kamen mit ihren kaufmännischen und technischen Kenntnissen und Gewinnerwartungen hierher und bauten ein Eisen- und Stahlwerk nach dem anderen. Hauptabnehmer dieser industriellen Branche wa-

ren der Eisenbahn- und Maschinenbau. Nun konnte jeder, der Arbeit suchte, an der Ruhr Arbeit finden. Aber die Arbeit war körperlich schwer und nicht für jeden geeignet; immerhin wurde sie gut bezahlt, weil der Absatz anstieg und die Produkte nachgefragt wurden.

Der industrielle Optimismus der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts, dass die Industriewirtschaft im Ruhrgebiet nur Gewinne für alle mit sich brächte, wurde schon bald enttäuscht. Die Kosten für die Investitionen stiegen und sanken mit den Zinsen und den jeweils neu aufkommenden Technologien. Immer weitere neue Verfahren für besseren und billigeren Stahl ließen gerade erst fertig gewordene Anlagen schnell wieder wertlos bzw. unrentabel werden. Mit den sich aus diesen Bewegungen ergebenden Zyklen und Krisen taten sich auch die Beschäftigten schwer, denn in andere Bereiche konnten sie eigentlich nicht ausweichen: Die Produkte waren massenhafte Halbfertigwaren mit geringer Veredlungstiefe, die zur Herstellung kaum Spezialisten benötigten. Damit wiesen sie einen Mangel auf: Man benötigte in der Produktion kräftige junge Männer aus den demographischen Überschussgebieten des Ostens, die der Arbeitslosigkeit und der sozialen Kontrolle auf dem Lande entflohen waren, und keine Facharbeiter. Letztere nahmen denn oft den Weg der Auswanderung.

In der Nachahmung des belgischen und englischen Beispiels half die preußische Regierung in Berlin zwar mit einigen Vorbildinvestitionen in den neuen rheinischen Territorien, auch im Maschinenbau, doch sowohl die Banken wie auch der Eisenbahnbau wurden von ihr wenig freundlich behandelt. Großkaufleute und Kölner Bankiers begannen seit Mitte der vierziger Jahre in der landwirtschaftlichen Region zwischen Duisburg, Dortmund und Düsseldorf mit schwerindustriellen Investitionen, nachdem andere Regionen und Städte wie Berlin, Augsburg und Chemnitz mit Textilindustrie, Maschinenbau und auch dem Eisenbahnbau schon vorangegangen waren.

Bis 1851/1865 behielten die staatlichen Bergbeamten in einem ausgeklügelten Kontrollsystem fast sämtliche unternehmerischen Funktionen im Steinkohlenbergbau in der Hand. Sie trafen alle Investitions- und Personalentscheidungen. Erst der Berliner Landtag beseitigte nach 1848 diese mächtige ständische Wirtschaftsresidue und bescherte den Grundstückseigentümern und Investoren eine lange anhaltende, bis in die 1920er Jahre während erfolgreiche Konjunktur, für die zunächst technisches Know-how aus Belgien und England erworben wurde. Gering waren die Produktivitätsfortschritte pro Kopf weniger bei der Erschließung, eher beim wenig technikintensiven Abbau der Steinkohlen. Deshalb mussten Gesamt- und Zechenbelegschaften unaufhörlich anwachsen, um die permanent steigende Nachfrage bedienen zu können. Wirtschaftlich machten die „homines novi“ der noch 1865 herbeigesehnten privaten Konkurrenz aber schon bald durch Kartelle ein für das Ruhrgebiet typisches Ende.

Die treibende Kraft hinter diesem unaufhörlichen, den Strukturwandel charakterisierenden Wachstum der Zechen war nach 1850 die seit 1820 heranwachsende Stahlindustrie,² später ab 1850 auch die für die rasant wachsenden Eisenbahnlinien produzierende Eisenindustrie, aber neben den starken Bauabteilungen der großen Werke entstanden nur wenige unabhängige Maschinenbau- oder Brückenbaubetriebe. Daher blieb die nachgefragte technische Kompetenz relativ

2 Gutehoffnungshütte; Haniel; Huyssen; Harkort in Wetter bei Dortmund; Dinnendahl; Krupp.

gering, so eindrucksvoll die Großbetriebe auch sein mochten. Die Residenzstädte wie Dresden, München oder Berlin hatten in dieser Frage erhebliche Startvorteile durch die dort angesiedelten Gewerbeschulen, an denen Mechaniker, Chemiker und Ingenieure ausgebildet wurden.

Erst in den 1890er Jahren – fünfzig Jahre nach Beginn des Industrialisierungsvorgangs – richteten einige Kommunen im Ruhrgebiet zusammen mit dem preußischen Staat spezielle Königliche Maschinenbauschulen, später Fachhochschulen, ein. Das nachhaltige Verlangen Dortmunds seit 1899 nach einer Technischen Hochschule scheiterte allerdings immer wieder am Einspruch der Aachener TH.

Während also die älteren Industriestädte durch ihre Eisenbahnverbindungen immer mehr Fabriken für Textilprodukte und Maschinen bei sich sahen, entstanden im Ruhrgebiet auf der grünen Wiese die Zechen und – angelehnt an die Städte – die großen Anlagen, in denen Eisen und Stahl gewonnen und zu Halbfertigfabrikaten verarbeitet wurden. Und das zum Teil sogar ohne Eisenbahnanchluss wie etwa beim Bochumer Verein, der von 1845 bis 1856 seine sehr nachgefragten Stahlprodukte mit Pferdewagen zur Bahn bringen musste.

Der in den 1880er Jahren in Deutschland einsetzende Strukturwandel hatte seine Ausgangspunkte nicht im Ruhrgebiet; auch Elektrotechnik und technische Chemie nahmen andernorts ihren Anfang.

Anleitung und Aufsicht der Arbeiter wurden im Bergbau von Steigern und in den Warmbetrieben von Meistern geregelt. Während die Steiger noch oft aus den einheimischen älteren Bergleuten genommen wurden und ihnen auch sozial noch nahe standen, kamen die frühen Meister im Eisenhüttenwesen meist aus dem Ausland und lernten deutsche Meister vor Ort an. Im Verhältnis zu den Arbeitern wurden sie seit den 80er Jahren immer mehr zu strengen Vorgesetzten, und das hatte technische und soziale Gründe: einmal die wachsende Technisierung im Bergbau, z. B. durch die künstliche Lüftung, umfängliche Gleisanlagen unter Tage, durch die Elektrifizierung, die Errichtung von Malakoff-Türmen, die später mit eisernen Strebaufsätzen versehen wurden, und im Eisenhütten- und Stahlbereich durch die Maschinisierung beim Konverterstahl, durch Schnellbetrieb und die Einführung von Aufzügen zum Begichten; zum Zweiten eine sich verändernde Zusammensetzung der Belegschaften. Hatten die Belegschaften um 1860/70 noch immer einen hohen Anteil heimischer Bergleute, so fanden sich seit den 1880er Jahren immer mehr angeworbene junge Berg- und Hüttenleute aus Schlesien, Pommern, Posen und Ostpreußen ein, denen die inzwischen auf eigenen Schulen ausgebildeten Steiger und Meister immer fremder und als Aufsichtspersonen gegenüberstanden.

Der Ton wurde militärischer. Gehorchten die Bergarbeiter nicht, wurde ihnen der Lohn oft willkürlich gekürzt; nach kleinen Streiks kam es 1889 auch zu einem ganz großen Streik, der in Berlin schließlich Vorwand zu Bismarcks Entlassung war. Die vom Kaiser später eingenommene freundliche Haltung gegenüber den technischen Wissenschaften und den Naturwissenschaften in der Ausbildung bildete eine wichtige gesellschaftliche Akzeptanz-Grundlage für die Entstehung neuer Branchen.

Steinkohlen und Stahl ließen bald die Phase des Konkurrenzkapitalismus hinter sich. Seit den siebziger Jahren entstanden und hielten sich Kartelle für bestimmte Walzprodukte, und 1893 einigten sich auch die großen Kohlenprodu-

zenten auf das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat (RWKS), das bald fast alle Zechen zusammenfasste. So wurde mangelnde technische Kompetenz durch kaufmännische Wagnisreduktion kompensiert. Für die Syndikateure wurde nun Kohle nach festen Standards und Preisen verkauft; die Konkurrenten aus England oder Sachsen konnten weiträumig aus Deutschland hinausgedrängt werden. Die Abnehmer, und das waren vor allem die Stahlproduzenten, mussten sich beugen oder – und das war nun schnell die Regel – kauften sich ihrerseits passende Zechen für ihre Produktion. So ganz nebenbei erhöhte diese Zusammenfassung die Verhandlungsmacht mit den staatlichen Behörden: Eisenbahntarife und Kanalgebühren sanken. Nach 1900 entstand eine große Zahl von Großzechen mit neuen Abbauverfahren, elektrisch betriebener Lastenförderung und viel größeren Abbaufonten vor der Kohle, die die Steiger nun besser übersehen konnten. Während sich viele Stahlwerke Zechen zulegte, gelang nur wenigen Zechen die Angliederung von Eisenhüttenbetrieben, hier vor allem der Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG). Versuche des preußischen Staates, nach 1904/05 mit eigenen Zechen wie der Hibernia eine weitere Konkurrenz aufzumachen, schlugen bis in den Ersten Weltkrieg hinein fehl, so mächtig waren die Interessenten des Kartells.

Ein wesentlich spektakuläreres Wachstum als die Zechen erleben die Eisen- und Stahlbetriebe. Die als Einzelbetriebe gegründeten Unternehmungen für Roheisen, Stahl, Guss, Walzen usw. wuchsen im ersten Jahrzehnt des 20. Jh.s aus verschiedenen Gründen durch Zusammenlegungen bald zu Riesenbetrieben heran. Wirtschaftspolitisch war diese Entwicklung ebenso wenig erfreulich wie bei der Kohle: Jedes Kartell nahm Produkte, die eigentlich über einen breiten Markt gehandelt werden sollten, aus diesem Markt heraus und stärkte die Stellung der Kartellinhaber. Konflikte zwischen der heranwachsenden Elektroindustrie und der Chemie waren die notwendige Folge. Diese Marktferne der Großbetriebe sollte sich sowohl in den 1920er wie auch in 1970er Jahren als großes Hindernis bei der Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen erweisen.

Das rasche, ganz unorganische Wachstum der Großindustrie drängte aber auch auf eine Lösung der sozialen Frage. Die liberalen Parlamente hatten in den 50er und 60er Jahren für soziale Probleme wie Krankheit und Unfall auf private Versicherungen verwiesen. Bismarck, der nach 1871 die das Reich wirtschaftlich stützenden Großbetriebe nicht zu Brutstätten monarchiegefährdender Bestrebungen werden lassen wollte, entwickelte, angeregt u. a. von Louis Baare und dem Bochumer Verein im Ruhrgebiet, seine vom Reichstag noch abgeänderten Vorstellungen zur Unfall- (1884), Kranken- (1885) und Rentenversicherung (1889). Sie wurden als „staatlicher Sozialismus“ apostrophiert und stellten erst nach langen Jahren einer wachsenden Beteiligung der Beschäftigten ein gesellschaftspolitisch akzeptiertes Programm dar.

Anders als die Schwerindustrie der ersten Phase, die sich der „konstitutionellen Fabrik“ grundsätzlich verweigerte und kaum Mitwirkungsrechte für ihre wenig ausgebildeten Beschäftigten zulassen wollte, standen die modernen Industrien der zweiten Phase, Elektrotechnik und Chemie, Bemühungen um tarifvertragliche Regelungen offener gegenüber; doch waren diese Industriezweige zunächst über viele Jahre hindurch im Ruhrgebiet nicht vertreten und konnten hier auch nicht charakteristisch für den zweiten Strukturwandel werden.

Die Schwerindustrie hat sich auch insgesamt nur langsam der Technik- und

Naturwissenschaften als Rationalisierungsinstrument bedient. Zwar häuften sich gerade im Rheinland um Düsseldorf und Köln die großen Vermögen der ersten und zweiten Industriellen-Generation an und bestand hier um 1900 eine erhebliche Bereitschaft, nach amerikanischem Vorbild wissenschaftliche Forschungslaboratorien zu stiften, aber die noch stärker in militärischen Kategorien argumentierende Schwerindustrie hielt sich dabei zurück; sie konnte aber nach der Errichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1910 und ihrer Institute immerhin 1913 mit dem Institut für Kohlenforschung in Mülheim/Ruhr das erste außerhalb Berlins durchsetzen. Das zweite in der Region, das Institut für Eisenforschung, wurde 1917 in Düsseldorf, dem Schreibtisch des Ruhrgebietes, aber eben nicht in Aachen gegründet.

Die großen Gewinne in den letzten beiden Jahrzehnten des Kaiserreichs haben das kulturelle Leben in den Kommunen durch Einrichtung von Kunstsammlungen – so kaufte Essen die Hagerer Folkwang-Sammlung von K. E. Osthaus – oder Gründung von Theatern angeregt; dennoch blieb die auf Bildung bedachte Mittelschicht schmal im Vergleich zu Leipzig, Hamburg, Frankfurt usw. Auch wurden durch Künstler und Intellektuelle erste Ansätze einer Kritik an dem hemmungslosen und riesigen Landschaftsverbrauch der Großbetriebe und deren geringem Interesse an der Pflege dieser Landschaft wie auch am Umgang mit Luft und Wasser artikuliert, sie blieben freilich angesichts durchgängiger 12-Stunden-Schichten in der Schwerindustrie noch ohne besondere Resonanz. Die Mauern der Großbetriebe trennten nahezu hermetisch die Bereiche von Arbeit und Nicht-Arbeit. Allerdings konnten Politik und Wirtschaft großräumige und für die Wirtschaft nützliche Infrastrukturprojekte etwa bei Frisch- und Abwasser entwickeln, die langfristig auch für die Bevölkerung einwandfreie sanitäre Verhältnisse herstellten.

Der zweite Strukturwandel um 1900-1920

Der ökonomische Boom des ersten Jahrzehnts im 20. Jh. wurde durch neue anschlussfähige technische Systeme noch verstärkt und leitete einen zweiten Strukturwandel ein. Nach der Entwicklung der ersten Koksöfen, die ab 1900 Überschussgas produzieren konnten, hatte man diese Energie für Großgasmaschinen verwendet und damit Generatoren für elektrischen Strom angetrieben, deren Entwicklung außerhalb des Ruhrgebiets ihren Anfang nahm. Bald wurde es auch durch große Rohrleitungsnetze an kommunale Verteiler und Verbraucher weitergegeben wie Thyssengas 1910 und Stinnesgas. Es ist nicht überraschend, dass in der Konkurrenz zu den Elektrizitäts-Werken auch das Rheinisch-Westfälische Kohle-Syndikat 1926 auf die Gründung der heute mächtigsten Gasgesellschaft, der Ruhrgas, drängte. Auch die in den 1920er Jahren populäre Idee des Wärmeverbundes durch Rohrleitungen setzte sich dann fort in der Vernetzung der Werke für Rohmaterialien und schuf günstige Produktionsbedingungen, bremste aber auch ein Ausbrechen in den Wettbewerb.

Die Entfaltung elektrischer Netze haben die wachsenden Stahlführer Stinnes und Thyssen nach amerikanischem Vorbild maßgeblich vorangetrieben. August Thyssen und Hugo Stinnes erwarben als äußerst erfolgreiche Stahlfabrikanten in der Elektrokrisis 1901/02 die Mehrheit beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-

tätswerk, das seitdem und vor allem in der Zeit der Weimarer Republik eine sehr expansive Politik der Elektrifizierung des nord- und südwestlichen Deutschland betrieb bis hinunter zu den Wasserreservoirs der Alpen. Entscheidend wurde, dass die potenziellen Konsumenten, die Gemeinden, ihr Bodenüberleitungsrecht für einen möglichst langen Zeitraum an die Lieferanten verpachteten. Aus der dann bestehenden Möglichkeit eines Versorgungsmonopols haben die Energielieferanten große Gewinne ziehen können; die Gemeinden ihrerseits errichteten nun Betriebe, mit denen sie ihren Munizipialsozialismus aufbauten.

Das Verbundsystem blieb aber fest in den Händen der Großindustriellen, die gemeinsam mit den Kommunen das System ausdifferenzierten. Für den Nutzer gab es keine Wahl, Wettbewerb fand nur zwischen den Versorgungsgebieten statt, nicht zwischen Anbietern und Konsumenten – erneut ein strukturelles Defizit.

Letztlich beendeten 1908 und 1927 Demarkationsverträge auch den Wettbewerb der Elektrizitätsanbieter in Deutschland. Die Stromerzeuger fungierten bis 1999 nach innen als Monopolisten, bis die Kartellrechtsnovelle von 1980 nur noch zwanzigjährige Laufzeiten für solche Bindungsverträge der Gemeinden zuließ. Solange hielt sich im Ruhrgebiet aber auch eine Mentalität, in solch geschützten Groß-Betrieben das Überleben sichern zu können, also auch unter Nutzung der Technologien der zweiten Phase.

Eine zweite Kategorie des Wandels um die Wende zum 20. Jh. möchte ich erwähnen, weil sie sich auf einer höheren Ebene etablierte: die stärkere räumliche Planung. Einmal handelte es sich um die Fortführung der Gesundheitsplanung; dann aber ging es auch um die technische Planung der Infrastrukturen. Die Riesenbetriebe hatten den Weg gewiesen:

Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) war 1920 ins Leben gerufen worden, weil er nach Ausfall der Kohlegewinnung in Oberschlesien nun 150 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet ansiedeln sollte. Der SVR erwarb Planungshoheit für die Grüngürtel und für den Müll. Zusammen mit dem für die Trinkwassergewinnung zuständigen Ruhrverband und der für die Abwasserentsorgung gegründeten Emscher-Genossenschaft stellte er als frühestes Beispiel eines kommunalen Zweckverbandes eine wichtige überregionale Koordinierungsinstanz für die Planung dar. Als sich nach 1925 die Kommunen in der Suche nach einer moderneren Verkehrsinfrastruktur im Revier zerstritten, zeigte sich, dass auf diesem Gebiet eine Kompetenz für den SVR fehlte. Die Beschleunigung des Nahverkehrs ist deshalb erst ein halbes Jahrhundert später durch ein S- und U-Bahn-System angegangen worden und bedarf weiterhin massiver Stützung.

Weitere Beispiele industrieller „Planungen“ neben der Wärmewirtschaft waren das „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung“ (DINTA) 1925 für eine unternehmenskontrollierte Lehrlingsausbildung und das „Rationalisierungskuratorium für Wirtschaftlichkeit“ (RKW) 1921 für die Rationalisierung des betrieblichen Ablaufs. Außerdem versuchte die Schwerindustrie, ihre als verzettelt verstandenen Kräfte zu sammeln. Dieses Bemühen wurde deutlich in der von Hugo Stinnes, Fritz Thyssen und der Gelsenkirchener Bergwerk AG 1926 gegründeten „Vereinigte Stahlwerke AG“, die sowohl eine nationale Stärkung wie auch Abwehr der Ansprüche der Chemie bzw. der seit 1926 arbeitenden IG Farben anstrebte, die aber weder die zusammengefassten Betriebe den

Kartellen entzog noch etwa bedeutende Kapazitäten abbaute, auch wenn Reckendrees von solchen Reduktionen spricht. Ein eindrucksvolles Industriedenkmal dieser Rationalisierungsversuche im Bergbau, der vor Ort die Abbau- punkte massiv zusammenlegte, die Elektrifizierung vorantrieb und einen mechanisierten Transportfluss der Kohle von unter bis über Tage installierte, ist die heute als Welt-UNESCO-Erbe erhaltene Zeche Zollverein in Essen.

Der Bedeutungsgewinn des Ruhrgebietes, das seinen Anteil an der deutschen Stahlgewinnung von 43 % 1918 auf 70 % 1943 steigerte, trug aber auch zu einer geringen Umstellungs- bzw. Diversifikationsbereitschaft bei, auch wenn nach 1920 Experimente zur Herstellung von Edel- und Spezialstählen einsetzten.

Mit der chemischen Industrie erschien nach 1920 ein neuer Rivale der Zechen im Ruhrgebiet, den man zunächst abzuwehren versuchte. Diese war nach den großen Erfolgen bei der Produktion von Explosivmitteln im Ersten Weltkrieg und bei der künstlichen Herstellung von Düngemitteln durch das Haber-Bosch-Verfahren angesichts des immer noch anhaltenden internationalen Widerstands gegen deutschen Handelsverkehr auf die Bereitstellung kostengünstigen Stickstoffs angewiesen und wollte diesen aus Vergasungsvorgängen von Steinkohlen gewinnen.

Im Jahre 1926 kam es von Seiten der Zechen zur Gründung des ersten Stickstoffwerkes, der Gewerkschaft Victor; 1927 folgten mit der Ruhrchemie AG, 1928 mit der Hibernia-Chemie und 1930 mit Scholven und Ewald-Kohle weitere Stickstoffwerke, aber allesamt aus Zechenhand, während die mitbeteiligte IG Farben erst 1938 mit den Chemischen Werken Hüls AG diese Richtung der Politik der Ressourcennutzung fortsetzte. Sie zog ebenso wie die 1938 in Lünen für den Flugzeugbau neu gegründete Aluminiumerzeugung, die ihren Strom aus dem Gersteinwerk bei Werne bezog, ihre Gewinne aus der Autarkiepolitik der NS-Regierung und erwies sich im Nachhinein als wenig wettbewerbsfähig. Das gilt auch für die zahlreichen Anlagen zur Herstellung von Kohlebenzin nach Bergius/IG Farben bzw. Fischer/Tropsch.

Ein erster Einbruch in diesen von Selbstüberzeugung und teilweise Selbstüberheblichkeit gestalteten Wirtschaftsraum Ruhrgebiet wurde durch die alliierten Siegerauflagen nach 1945 bewirkt: Demontage, Entflechtung z. B. der Vereinigten Stahlwerke, Trennung von Kohle und Stahl, Kartellverbot für RWKS und viele andere und Mitbestimmung als zukünftige Rüstungsbremse, alles Auflagen, die das Ruhrgebiet besonders hart trafen, aber von fast derselben Managerschicht wie vor 1945 bewältigt wurden.

Dass der Strukturwandel nicht sogleich einsetzte, ist sicherlich den Rekonstruktionsbemühungen nach 1945 geschuldet: Im zerstörten Deutschland mussten 1945 Kohlenförderung und Eisenbahnverkehr als zentrale Lebensnerven von den Alliierten in Gang gebracht werden, wenn diese nicht selbst als Versorger der Not leidenden Deutschen herangezogen werden wollten. Ab Ende 1947 betrieben die Deutschen in der Deutschen Steinkohlenbergbauleitung unter Treuhandaufsicht den Bergbau selbst. Vor allem die Amerikaner drängten die neuerlichen Sozialisierungspläne der Briten und Franzosen für den Bergbau und die Schwerindustrie beiseite, und sie verlangten zudem nachdrücklich eine Beteiligung auch der deutschen Wirtschaft an der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Gegner im Koreakrieg. Im Herbst 1951 erhielt daher die Schwerindustrie einschließlich der Energiewirtschaft eine massive Stützung.

So ist auch nach 1950 mit der „Forschungsgemeinschaft für Hochspannungsanlagen“ eine weit in die Zukunft weisende 380-kV-Leitung projektiert worden. Die wissenschaftlichen Grundlagen für die Durchsetzung dieses 380-kV-Verbundnetzes waren schon vor 1945 gelegt worden. Organisiert waren die (heute neun) Mitglieder, darunter aus Nordrhein-Westfalen das RWE, die VEW und die Preußenelektra, in der „Deutschen Verbundgesellschaft“. Die Elektroversorgungsunternehmen erhielten von den Kosten in Höhe von 21 Mrd. DM bis 1978 gut 35 % durch staatliche Subventionen erstattet. Die Fortschreibung dieses Wachstums zeigte sich in den Energieprognosen vor und nach der Verteuerung des Erdöls von 1973: Die Schätzung von 610 Mill. t zusätzlicher SKE³ bis 1985 musste massiv zurückgenommen werden auf 380 Mill. t 1983. Auch ohne die nicht zugelassenen oder wieder abgeschalteten Kernkraftwerke lag die Reservehaltung 1980 bei 45 % der gesamten installierten Leistung gegenüber knapp 10 % 1950! Die hohen Kapitalsummen für diese Kraftwerkskapazitäten, die u. a. durch Tarife eingesammelt werden mussten, waren vor allem für Kernkraftwerke gedacht, deren Betriebskosten als äußerst gering prognostiziert wurden und für die auch erhebliche öffentliche Mittel als „Forschungszuschüsse“ vergeben wurden.

Die Rekonstruktion in den Bahnen der selbstverwalteten alten Strukturen war „gefährlich“ erfolgreich: 1957 wies der Bergbau mit 450 000 Beschäftigten einen absoluten Rekord auf. Als die Kohle gegen das hereinströmende Erdöl 1957 einen Schutzzoll verlangte, lehnte Ludwig Erhard, stärker der Konsumgüterindustrie zugetan als frühere Wirtschaftsminister, eine solche Protektion ab – die Kohlenkrise war da. Sie traf den Bergbau und damit das Ruhrgebiet schwer, denn sie war von den Zechenunternehmen nicht vorhergesehen worden, war zutiefst neuartig und wurde auch von vielen Arbeitern nicht verstanden. Der Weltmarkt und die technischen Alternativen, die er bot, Öl und Kunststoffe, setzten dem deutschen Bergbau seitdem zu. Dass es Überfluss an Steinkohlen in einer dynamisch wachsenden Volkswirtschaft geben könne, hatte bis dahin niemand für möglich gehalten.

Für den von Arbeitnehmern mitbestimmten Bergbau – ganz anders als für die ebenfalls rasant schrumpfende Textilindustrie – hat die Große Koalition (1967/69) in Bonn 1968 den Streitfall zu Lasten des Steuerzahlers und der zukünftigen Generation beigelegt: Die Ruhrkohle AG fasste 1968/69 die Zechen zusammen; sie sollte ein kontrolliertes Abschmelzen ermöglichen; der Staat, d. h. der Steuerzahler, übernahm die Bergschädenregulierung, die Unternehmen behielten ihren umfangreichen Immobilienbesitz und die Arbeiter die Zusage zur Fortwirkung ihrer Privilegien – das aufwendigste Subventionsprogramm der deutschen Geschichte, das zugleich den Blick dafür verstellte, dass ausgebliebene Strukturwandlungen für die jeweils folgende Generation außerordentlich kostspielige Versäumnisse sind, weil diese Beträge zumeist nicht der technisch-industriellen Neuausrichtung, sondern dem Konsum oder der Aufrechterhaltung älterer Strukturen dienten.

In den Jahren danach sind nicht nur direkte Subventionen an den Bergbau geflossen zur Stilllegung von 115 Großanlagen mit 108 Mill. t Jahresförderung und zur Erneuerung, sondern auch indirekte Subventionen von zusammen bis zu

3 Steinkohleneinheiten.

15 Mrd. DM jährlich. Als den Zechen die Kosten für die Primärenergie, die Kohlen, wegliefen und der eigene Absatz stagnierte, ging die Kohle in subventionierte Bereiche: Der Anteil der verstromten Steinkohle stieg von 32 % der Förderung 1977 auf 55 % 1990. Profitable Grundlage des RWE wurde nach 1945 aber vor allem die linksrheinisch geförderte Braunkohle. Auffällig ist, dass die privaten Stromerzeuger fast ganz verschwanden. Sie wurden angesichts der seit den 80er Jahren vorgeschriebenen Rauchgasentschwefelung sowie wegen der durch die Atomkraftwerke aufkommenden erheblichen Überkapazitäten stillgelegt. Schließlich erhielten die Hüttenwerke Hilfen für die Verwendung von Ruhrkohle für den erforderlichen Hüttenkoks.

Wenn nach 42 Jahren andauernder Krise immer noch jährlich statt 10 nun 7 Mrd. DM zur Stützung der Steinkohle aufgebracht werden, dann fehlt in der öffentlichen Wahrnehmung dabei mindestens ein weiterer Betrag von ca. 15 Mrd. jährlicher Hilfen für die Privilegierungen der Kranken- und Rentenkassen der „Bergleute“, der Knappschaft; soziale Widerstände gegen technischen und wirtschaftlichen Wandel belasten zukünftige Generationen viel tiefer gehend als auf den ersten Blick sichtbar.

Der dritte Strukturwandel seit 1960

Der Staat griff bei diesem Wandel nach 1960, dem dritten Strukturwandel, auf folgende Weise ein: Wie nach 1920 favorisierte er Bildung und nun auch Wissenschaft. Ab 1961 baute er aus unterschiedlichen Motiven Universitäten in Bochum, Dortmund, Essen und Duisburg; eine ganz Reihe von Fachhochschulen folgte. Spitzentechnologien, die seit 1955 an Max-Planck-Instituten oder dann in Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft entwickelt wurden, findet man hier freilich seltener. Das Ruhrgebiet mauserte sich zwar von einem Zentrum der Halbfertigwarenherstellung zu einer Werkbank, aber angesichts der schiereren Größe des Reviers fehlen hochrangige Forschungsstätten, die in Aachen, Köln oder Düsseldorf durchaus vorhanden sind.

Kommunen wie Bochum, die einen frühen Einbruch in ihre alte Struktur erlebten, haben auch sehr früh reagiert; hier siedelte sich 1959/61 das Opelwerk an, das Land kam 1961 außerdem mit dem Entschluss hinzu, dort eine Universität zu errichten, und nur einige Jahre später siedelte sich dort ein großes Einkaufszentrum an, das mit dem Auto angesteuert werden konnte – damit sind die drei Branchen genannt, die bis in die 90er Jahre den Strukturwandel bestimmten.

Die unter Sozialisierungsdrohung arbeitende, überdimensionierte Stahlindustrie hatte in Einzelfällen schon seit 1947 begonnen, alliierte Wünsche zu erfüllen und die Arbeitsdirektoren von der Arbeitnehmerseite zu nehmen sowie den Aufsichtsrat paritätisch durch Kapital und Arbeit zu besetzen. Erst das Ende der Demontagen, der Beginn des Koreakrieges und die Einbindung der Schwerindustrie in Montanunion und Montanmitbestimmung ab 1951 entließen sie aus der Treuhänderschaft und machten nach Ent- und Rückverflechtung ihren rasanten Aufstieg in die goldenen 50er Jahre möglich. Im Jahre 1970 beschäftigte sie in Deutschland 374 000 Arbeiter.

Nur wenige Jahre nach der Gründung der Ruhrkohle AG 1968/69 geriet auch

die Eisen- und Stahlindustrie in Schwierigkeiten, deren konjunkturelle Ursachen bis heute anhalten. Mit jedem Konjunktural entledigten sich die Unternehmen defizitärer Produktionsstandorte, schon 1966 angefangen mit Bochum und zuletzt Rheinhausen, Hattingen und Dortmund. Oft ersetzen leistungsfähige Oxygen- oder Elektrostahlwerke für Spezialstähle mit wesentlich geringerem Personalbedarf die älteren Schmelzen und wenige große die vielen älteren kleinen Hochöfen. Mit der Schließung eines Standortes war meist der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen verbunden, zu denen in der Regel noch einmal gleich viele in der Peripherie hinzukamen. Zwar haben Kommunen und das Land in größerem Maße aufgelassene Betriebsflächen aufgekauft, die Altlasten entsorgt und die Flächen für neu eingerichtete und mehr noch für umgesiedelte Betriebe zur Verfügung gestellt, doch blieb die großbetriebliche Struktur ein maßgebliches Orientierungskriterium für die meisten Beschäftigten des Ruhrgebiets.

Prekäre Situationen wie 1974 oder 1987 traten auf, wenn Stahl und Kohle gleichzeitig Stellenabbau betrieben und die Arbeitslosenziffern anschwellen, die seitdem mit etwa 15 % und mehr immer noch doppelt so hoch sind wie im Bundesdurchschnitt. Hier halfen zwar umfangreiche Bundes-Regelungen zum Vorruhestand, doch waren diese Mittel zunächst nicht an den Aufbau neuer Arbeitsplätze und damit an einen aktiven Strukturwandel gebunden; diese finanziellen Großzügigkeiten endeten mit der deutschen Vereinigung 1990. Die Erneuerungsfähigkeit einer Region zeigt sich eben nicht nur an einer niedrigen Arbeitslosenquote, sondern stärker noch an der Zahl der neu geschaffenen Dauerarbeitsplätze, und diese Zahl fällt immer noch deprimierend niedrig aus.

Es gibt auch noch ein anderes Kriterium für die nur relative Modernisierung dieser Jahre zwischen 1960 und 1980: Der Anteil der sog. Arbeiter sank bald ab, doch es war nicht der Anteil der Selbstständigen, der rasant stieg, sondern der der Angestellten; Klaus Tenfelde hat das die „Verangestellte“ genannt, besonders im öffentlichen Dienst des Landes und der Gemeinden und in diesen gleichgestellten Verwaltungs- und Dienstleistungseinrichtungen wie Energieversorgern, Sparkassen usw.

Die Notwendigkeit, sich vom Denken in großbetrieblichen Strukturen zu lösen, umfassende persönliche Verantwortung für komplexe Aufgabenfelder zu übernehmen, eher typisch für Mittelbetriebe, und dabei gegebenenfalls Teamarbeit zu praktizieren – diese Notwendigkeit ist freilich in voller Breite erst mit dem Durchbruch der elektronisch verwalteten Gesellschaft im vergangenen Jahrzehnt erkennbar geworden; man könnte auch sagen, dass erst dies die Umsetzung des 1960 begonnenen Wandels bedeutet. Doch ist davon der öffentliche Dienst wie auch Teile des Dienstleistungsgewerbes, wie die Banken, noch weit weniger erfasst als die private, im Wettbewerb stehende Industrie. Auch stehen die erfreulich starke Entwicklung im Recycling ebenso wie die Wohnungswirtschaft oder die Energie-„Erzeugung“ selten im Wettbewerb, sondern ruhen eher auf regionalen oder „sozialen“ Monopolen.

Das Ruhrgebiet hat durch diese neuen technischen Entwicklungen seinen Standortvorteil endgültig eingebüßt. Um aber zu einer forschungsintensiven neuen Produktion zu kommen, in der man noch großen Einfluss auf Erlöse hat und ihnen nicht hinterherlaufen muss, werden hochkarätige Forschungszentren benötigt, die es bislang nicht hier, wohl aber in Köln oder München gibt.

In der Industriepolitik hat das Land nach 1968 mit einer großen Zahl von Programmen versucht, dem Verlust von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken und neue Technologien anzusiedeln. Nach Gründung der Ruhrkohle AG folgte eine ganze Serie. Das „Entwicklungsprogramm Ruhr“ von Land und Bund ging 1968-1973 noch von der Ausnahmesituation der Region aus; das dann folgende „Programm Nordrhein-Westfalen 1975“ förderte die Kernenergie und sah keine über die Kohlesubventionen hinausgehende Unterstützung für das Ruhrgebiet mehr vor. Mit der viel tiefer gehenden Krise 1974 legte die Regierung dann „Technologieprogramme“ für die stagnierenden Technologien auf. Erst bei einem weiteren und auch wiederholten „Technologieprogramm Wirtschaft“, das 1978-84 in Verbindung mit den Industrie- und Handelskammern entwickelt wurde, zeigten sich Wirkungen. Das „Aktionsprogramm Ruhr“ 1980-1984 verband die Erneuerung bestehender mit der Entwicklung neuer Technologien und wurde 1987/88 durch verschiedene Zukunftsinitiativen abgelöst, die sich mit der Zukunftsinitiative Montan-Region (ZIM) zunächst auf die Bergbauregionen konzentrierten, sich dann mit der Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalen (ZIN) auch auf das ganze Bundesland ausdehnten, zudem mit Hilfen aus der EG verbunden waren und sich des Instruments der öffentlich finanzierten oder selbsttragenden Technologiezentren bedienten. Letztere Programme sind auch durch den Unternehmens-„Initiativkreis Ruhrgebiet“ im Bereich der Selbstdarstellung und Kultur öffentlich gestützt worden. Die wichtigste Initiative des Landes, das Bewusstsein für eine Erneuerung mit Augenmaß gefördert zu haben, ist sicherlich in der Internationalen Bauausstellung Emscherpark (1989-1999) deutlich geworden. Sie hat die Wandlungsfähigkeit des nördlichen Reviers, das Defizite in der urbanen Struktur ausweist, stärker bewusst gemacht bzw. versucht, diese zu überwinden. Wenn sich daraus ein weitgehender Mentalitätswandel herausbilden sollte, können wir uns freuen, sicher ist das noch nicht.

Die neuen Industriezweige traten mit ihrer Fertigungsweise nicht in die Fußstapfen der alten Großbetriebe, es sei denn in der Konsumgüterproduktion, die freilich kaum im Ruhrgebiet stattfindet, und wenn, dann als Werkbank, während die Labors für Forschung und Entwicklung an anderen Orten stehen. Das Ruhrgebiet ist von daher – wie die östlichen Bundesländer – übevölkert und verliert ständig Einwohner, im letzten Jahrzehnt leider auch sehr viele junge Ehepaare mit Kindern aus den Innenstädten. Zuwanderer mit geringeren Qualifikationen, die sich alter Strukturen wegen hier einfanden und -finden, beförderten nicht gerade den Schritt zur anspruchsvollen High-Tech-Industrie.

Sieht man auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Förderprogramme aus Steuermitteln seit 1958, wird irgendwann die Frage nach der Verhältnismäßigkeit gestellt werden, und sei es von Historikern. Die Antwort kann zurzeit nicht zufrieden stellend ausfallen. Im Ruhrgebiet müssen irgendwann einmal die Kapitalien, die hier von privater und öffentlicher Hand investiert wurden, auch verdient werden. Dass es schwerindustrielle Gebiete gibt, die den Umstieg noch unzureichender schaffen, darf kein Ruhekitzen für uns sein.

Auswahlbibliographie

- Bovermann*, Rainer: Das „rote“ Rathaus: die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945-1964, Essen 1995
- Goch*, Stefan: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel, Essen 2002
- Köllmann*, W., D. *Petzina*, H. *Korte*, W. *Weber* (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. 2 Bde., Düsseldorf 1990
- Reckendrees*, Alfred: Das „Stahltrust“-Projekt: Die Gründung der Vereinigten Stahlwerke AG und ihre Unternehmensentwicklung 1926-1933/34, München 2000
- Tenfelde*, Klaus: Das Ruhrgebiet und Nordrhein-Westfalen. Das Land und die Industrieregion im Strukturwandel der Nachkriegszeit, in: Die Entdeckung des Ruhrgebiets, Essen 1977, S. 24-40